

VORWORT

Der letzte gedruckte und veröffentlichte Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden behandelt das Rechnungsjahr 1937. Infolge des Krieges wurde der Druck von Verwaltungsberichten eingestellt. Für die Zeit bis zum 31. März 1943 liegen die fertigen Entwürfe im Manuskript vor. Für die Rechnungsjahre 1943 und 1944 sind die Unterlagen unvollständig, zum Teil infolge der Kriegereignisse verlorengegangen.

Die Zeitverhältnisse erlauben nicht, für die seit der letzten Veröffentlichung abgelaufenen Jahre eine ins einzelne gehende Berichterstattung nach Art und Umfang der bisherigen Verwaltungsberichte. Trotzdem soll ein zusammengefaßter Bericht in gedrängter Form unter Benutzung der Beiträge der einzelnen Dienststellen zu den Verwaltungsberichten der Jahre 1938 bis 1944 auf die Nachkriegszeit überleiten. Dieser Rückblick hält die wichtigsten Ereignisse in der Entwicklung der Stadt und ihrer Verwaltung fest und zeigt damit die Ursachen für die tiefgreifenden Veränderungen, die auch in den Nachkriegsjahren fortwirken.

Insbesondere brachte die Kriegszwangswirtschaft eine erhebliche Ausweitung des städtischen Verwaltungskörpers. Diese verstärkte sich noch, als das Stadtbild durch die Kriegshandlungen einschneidende Veränderungen erfuhr. Not und Elend der Nachkriegszeit behinderten die Rückführung des Wirtschaftslebens und damit der Verwaltungstätigkeit in normale Bahnen. Erschwerend wirkten die politisch bedingten zahlreichen Personalveränderungen.

Daher wurde erst für die Rechnungsjahre 1945 und 1946 wieder aus den Einzelberichten der Dienststellen ein ausführlicher Verwaltungsbericht zusammengestellt.

Redlhammer, Oberbürgermeister

Wiesbaden, den 21. März 1949

Besondere Ereignisse und Veranstaltungen der Jahre 1938 bis 1944 in Wiesbaden

1938

- 1. 4.: Errichtung einer Mittelschule in Wiesbaden-Biebrich
- 14. 4.: Einweihung der Theaterkolonnade nach ihrer neuzeitlichen Umgestaltung
- 14.-18. 4.: Internationales Hockeyturnier im Nerotal
- 21. 4.: Jubelfeier des Wiesbadener Konservatoriums aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens
- 24. 4.: 25jähriges Jubiläum der Wiesbadener Autoverkehrsgesellschaft, des ersten deutschen Unternehmens für Autogesellschafts-Ausflüge
Jubelfeier der Biebricher Bank anläßlich ihres 75jährigen Bestehens
Besuch niederländischer Verkehrsfachleute auf ihrer Studienfahrt durch die nassauischen Lande
- 1. 5.: Jubelfeier des ehemaligen Laboratoriums Fresenius anläßlich seines 90jährigen Bestehens
- 3.-8. 5.: Internationales Tennisturnier
- 13. 5.: Besuch englischer Brauereidirektoren
- 15. 5.: Einweihung der „Wilhelm-von-Opel-Hütte“
- 2. 6.-1. 7.: Finnische Studienkurse in Wiesbaden
- 15. 6.: Empfang der Teilnehmer am Internationalen Kinderschutzkongreß in Frankfurt am Main im Kurhaus
- 23.-25. 6.: Kongreß der Internationalen Ölmühlenvereinigung
 - 3. 7.: Eröffnung der Ausstellung „Gemäldegalerie Scheufelen“ im Nassauischen Landesmuseum
 - 6. 7.: Besuch bulgarischer Ingenieure und Großkaufleute
 - 9. 7.: Besuch argentinischer Architekten
- 9.-10. 7.: Jubelfeier der Turngemeinde Wiesbaden-Schierstein anläßlich ihres 90jährigen Bestehens
- 13. 7.: Besuch einer kanadischen Studiengruppe
- 16. 7.: Jubelfeier der Herrenschnneiderinnung anläßlich ihres 50jährigen Bestehens
- 17. 7.: 125jähriges Bestehen der Nassauischen Landesbibliothek; 25jähriges Bestehen des Bibliotheksgebäudes an der Rheinstraße; Ausstellung kostbarer Drucke und Handschriften
- 19. 7.: Besuch einer Gruppe ausländischer Stipendiaten des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages
- 6. 8.: Festakt der Firma Kalle & Co. A.-G., Wiesbaden-Biebrich, aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, verbunden mit der Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes
- 8. 8.: Besuch der Teilnehmer an der Internationalen Golfwoche
- 11. 8.: Besuch des Sultans von Langkat aus Sumatra
- 13. 8.: Besuch einer amerikanischen Jugendgruppe
- 14. 8.: 50-Jahrfeier des Kalle'schen Gesangsvereins (Werksgesangsverein der Firma Kalle & Co. A.-G., Wiesbaden-Biebrich)
- 17. 8.: Empfang der Teilnehmer der Internationalen Golftagung

- 19. 8.: Besuch der Teilnehmer an dem Internationalen Gartenbaukongreß
- 1. 9.: Gründung des unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters stehenden Chores der Stadt Wiesbaden
- 5.-12. 9.: Tagung der Deutsch-Niederländischen Wirtschaftsdelegation
- 11. 9.: Eröffnung der Ausstellung „Alte und neue Baukunst in Wiesbaden“ im Nassauischen Landesmuseum
- 15.-17. 9.: Tagung der Getreidemühlenindustrie
- 16. 9.: Besuch englischer Straßenbaufachleute
- 18. 9.: Besuch jugoslawischer Straßenbauingenieure
- 21.-22. 9.: Tagung der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Elektrowirtschaft
- 25. 9.: 50jähriges Bestehen der Nerobergbahn
- 28. 9.: 50-Jahrfeier der Germaniabrauerei Wiesbaden
Besuch der Teilnehmer an dem 8. Internationalen Kongreß für Unfallmedizin und Berufskrankheiten
- 8. 10.: 50-Jahrfeier der Rudergesellschaft Wiesbaden-Biebrich 1888/1900
- 9. 10.: 75-Jahrfeier des Sängerkhors des Turn- und Sportvereins „Eintracht“
- 16. 10.: Besuch von Mitgliedern der Pariser Handelskammer
- 19.-20. 10.: Tagung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften aus Anlaß des 50jährigen Bestehens
- 22. 10.: Freigabe des Moltkerings für den öffentlichen Verkehr
- 15. 11.: Feierstunde im Kurhaus aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Hessen-Nassauischen Brandversicherungsanstalt
- 21. 11.: Empfang der deutsch-polnischen Wirtschaftsdelegation
- 26.-27. 11.: 90-Jahrfeier des Turnvereins Wiesbaden-Dotzheim
- 10. 12.: 25jähriges Bestehen der Knabenschule an der Lorcher Straße
Kommerzienrat Karl Dyckerhoff gestorben
- 12. 12.: Professor Dr. Karl Pagenstecher gestorben

1939

- 7. 1.: 60-Jahrfeier des Wiesbadener Fechtklubs
- 18. 3.: Feier des 75jährigen Bestehens des Männergesangvereins „Union“
- 27.-29. 3.: 51. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin in Verbindung mit der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater
- 1. 4.: Ausgliederung des Stadtbezirks Wiesbaden-Georgenborn nach Schlangenbad (Untertaunuskreis) und Eingliederung von Flächen der Gemeinden Delkenheim und Nordenstadt in die Stadt Wiesbaden
10jähriges Bestehen der Städtischen Verkehrsbetriebe
- 7.-10. 4.: Oster-Hockeyturnier der Jugend, veranstaltet vom Hockey-Klub Wiesbaden
- 22.4.-29. 5.: „Wiesbadens Festwochen“ unter dem Leitwort „Frühling, Freude, Festlichkeit“
- 22.-28. 4.: Internationales Orchester-Musikfest
- 23. 4.: Feier des 10jährigen Bestehens der Rettungsstation Wiesbaden-Schierstein der Deutschen Lebensrettungsgemeinschaft e. V., Bezirk Mittelrhein
- 23.4.-11. 6.: Ausstellung im Neuen Museum „Mittelrheinische Malerei 1800/1900“
- 30. 4.: Feier des 75jährigen Bestehens des Turnerbundes
- 1. 5.: 100jähriges Bestehen der Bäckerei Bossong
- 4.-7. 5.: Internationales Tennisturnier
- 13. 5.: Internationales Frühjahrstanzturnier im Kurhaus
- 14. 5.: Feier des 40jährigen Bestehens des Sportvereins Wiesbaden
- 17. 5.: Volks-, Berufs- und Betriebszählung
- 17.-21. 5.: 100. Hauptversammlung des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte im Kurhaus

- 28. 5.: Besuch einer jugoslawischen Handelsdelegation
Besuch einer Gruppe von 23 bulgarischen Ärzten zur Besichtigung der Wiesbadener Kureinrichtungen
- 7. 6.: Empfang der Teilnehmer an dem 2. Finnischen Lehrgang des Staatlichen Schulreisebüros
- 9.-11. 6.: Tagung der Fachgruppe Papierverarbeitungs-Maschinen der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau Berlin
- 14. 6.: Empfang der Teilnehmer des 1. Sommerkursus des Schwedischen Hermods-Instituts in Malmö
- 15. 6.: 80jähriges Bestehen der Felsenkellerbrauerei Wiesbaden
- 21. 6.: Tagung der Fachgruppe Textilveredelungsindustrie
- 21.-24. 6.: Besuch der italienischen Fußballmannschaft Lazio, Rom
- 5. 7.: Kongreß der „European Orthodontic Society“
- 6.-9. 7.: 76. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in der Stadthalle Paulinenschlößchen
- 13. 7.: Besuch jugoslawischer Forstbeamten
- 15. 7.: Feier des 75jährigen Bestehens des Männergesangsvereins „Frohsinn“ in Wiesbaden-Heßloch
- 23. 7.: Umstellung des Straßenbahnbetriebes der Linie 7 zwischen Wilhelmstraße und Wiesbaden-Bierstadt auf Omnibus
- 23. 8.: Besuch von 750 Teilnehmern an dem Internationalen Weinbaukongreß in Bad Kreuznach
- 24.-25. 8.: Verkehrstag Rhein-Main 1939, Jahreshauptversammlung des Landesfremdenverkehrsverbandes Rhein-Main
- 25. 8.: Besuch Deutscher Reiseschriftleiter anlässlich ihrer Studienreise durch das Rhein-Main-Gebiet
- 1. 9.-2. 10.: „Wiesbadens Herbstwochen“ unter dem Leitwort „Blumen, Kunst und Wein“
- 3. 12.: Einsetzung der Straßenbahnlinie 8 Wiesbaden-Biebrich zur Entlastung des Autobusverkehrs zwischen Hauptpost und Rheinufer

1940

- 7. 1.: „Tag der Briefmarke“, Ausstellung im kleinen Saal des Kurhauses
- 22. 1.: 100jähriges Bestehen der Nassauischen Landesbank
- 28. 1.: 50jähriges Bestehen des Männergesangsvereins „Sängerrunde“
- 11. 2.: 75jähriges Bestehen der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
- 1. 4.: 75jähriges Bestehen der Sektkellerei Söhnlein Rheingold A.-G. in Wiesbaden-Schierstein
- 8. 4.: 75jähriges Bestehen der Vereinsbank e.G.m.b.H. Wiesbaden
50jähriges Bestehen der Firma Karl Reichwein, Wiesbaden
- 6.-9. 5.: 52. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin und der Deutschen Hämatologischen Gesellschaft
- 5. 6.: Einstellung des gesamten Straßenbahn- und Omnibusverkehrs in Wiesbaden nach 23,30 Uhr
- 1. 9.: Die „Erbenheimer Zeitung“ stellt ihr Erscheinen ein
- 16. 9.: Kreismedizinalrat und Schriftsteller Dr. Traugott Pilsch verstorben

1941

- 16. 1.: Regierungsbaumeister a. D. und Magistratsbaurat a. D. Bruno Berlit, der langjährige Leiter des städtischen Maschinenamtes, verstorben
- 19. 2.: 100jähriges Bestehen des Wiesbadener Männergesangsvereins e. V.
- 1. 3.: Jahrestagung des Vereins Deutscher Chemiker e. V.

- 26. 3.: Schriftsteller Jörg Ritzel, der Dichter des Liedes „Der Rolandsbogen“, verstorben
- 15. 5.: Geheimer Kommerzienrat Dr. ing. e. h. Wilhelm von Opel erhält anlässlich seines 70. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wiesbaden
- 8. 6.: Stadtrat a. D. Dr. Wilhelm Osterheld, der langjährige Dezernent für das Schulwesen der Stadt Wiesbaden, verstorben
- 13. 7.: Einschränkung des Autobusverkehrs
- 27. 8.: 100jähriges Bestehen der Firma Andrae-Noris Zahn A.-G. (Wiesbadener Zweigniederlassung seit 1905)
- 21. 9.: 75jähriges Bestehen der Wiesbadener Chorvereinigung
Konzert des Mailänder Skala-Orchesters unter Leitung von Maestro Marinuzzi im Kurhaus
- 27.-29. 9.: Rhein-Mainischer Siedlertag mit Ausstellung „Siedlung schafft Werte“
- 5. 10.: Weitere starke Einschränkung des Autobusverkehrs; Einstellung des Verkehrs an den Sonntagen
- 8. 10.: Der älteste Einwohner der Stadt Wiesbaden, Schmiedemeister Wilhelm Kaufmann in Wiesbaden-Kloppenheim, begeht seinen 100. Geburtstag, gestorben am 29. Oktober 1941
- 20. 12.: 50jähriges Geschäftsjubiläum des Kurhaus-Restaurant-Pächters Wilhelm Ruthe
- 28. 12.: 100jähriges Bestehen des Männergesangsvereins 1841 Wiesbaden-Biebrich

1942

- 11. 1.: Tag der Briefmarke
- 29. 1.: Bedingt durch den strengen Winter Einschränkungsmaßnahmen bezüglich des Offenhaltens der Ladengeschäfte und der Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften; das Deutsche Theater wird vom 9. Februar 1942 ab bis auf weiteres geschlossen
- 9. 3.: Inkrafttreten der Raucherkarte
- 28. 4.: Einführung des ersten Niederdruck-Stadtgas-Omnibusses
Umänderung der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden A.-G. in „Stadtwerke Wiesbaden A.-G.“ und Überleitung der städtischen Verkehrsbetriebe in diese Gesellschaft
- 2. 5.: 50jähriges Bestehen des Bayernvereins „Bavaria“ Wiesbaden
- 1. 7.: 100jähriges Bestehen des Strumpfhauses Poulet und der Samenhandlung A. Molath und 75jähriges Bestehen des Tuchhauses Gottfried Herrmann
- 3. 7.: Aufstellung der von Geheimrat Dr. ing. e. h. Wilhelm von Opel gestifteten Figuren „Schauspiel“ und „Oper“ an der Theaterauffahrt
- 25. 7.: Besuch führender türkischer Journalisten auf ihrer Deutschlandreise
- 26. 7.: 60jähriges Bestehen des Zweigvereins Wiesbaden des Taunusbundes
- 15. 8.: Stadtältester Wilhelm Arntz in München verstorben
- 1. 9.: 50jähriges Bestehen der Textilwarengroßhandlung Heinrich Mathiesing
50jähriges Bestehen der Firma P. A. Stoß Nachf. Inhaber Max Helfferich, Spezialhaus für ärztlichen und Krankenhausbedarf
- 13. 9.: 100jähriges Bestehen des Männergesangsvereins Schierstein 1842
- 26.-29. 9.: Finnische Musiktage im Kurhaus
- 26. 10.: 50jähriges Bestehen des Vereins für Feuerbestattung e. V. Wiesbaden
- 14. 12.: Heimatdichter Konrektor a. D. Rudolf Dietz verstorben

1943

- 7. 1.: 70jähriges Bestehen des Sinfonie- und Kurorchesters der Stadt Wiesbaden
- 10. 1.: Tag der Briefmarke
- 9. 3.: Polizeistunde für alle Gast-, Schank- und Speisewirtschaften auf 23 Uhr festgesetzt

- 18. 3.: Ernennung des Direktors der Städtischen Gemäldesammlung, Prof. Dr. Voß, zum Direktor der Staatlichen Gemäldegalerie in Dresden
- 1. 4.: Übergang der Straßenbahnlinien 6, 8 und 9, bisher im Eigentum der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, auf die Stadt Wiesbaden
- 23. 4.: Omnibusverkehr an Sonntagen in beschränktem Umfange
- 24. 4.: 75jähriges Bestehen der Herrenschniderei J. Haas, Taunusstraße 13
- 25. 4.: Abschiedskonzert des Musikdirektors August Vogt (9. Symphonie von Beethoven)
- 18.-20. 9.: Finnische Musiktage im Kurhaus

1944

- 20. 7.: Frau Ida Bahte, geb. Steffenhagen, Wiesbaden, Nerotal 61, begeht ihren 100. Geburtstag
- 31. 8.: Schließung des Deutschen Theaters mit einer Neuinszenierung von Richard Wagners „Walküre“
- 17. 10.: Städtältester Karl Meier verstorben
- 1. 12.: Erklärung der Stadt Wiesbaden zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs

Besondere Ereignisse infolge des Krieges

1939

- 28. 8.: Inkrafttreten der Bezugscheinpflicht
- 31. 8.: Errichtung des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes
- 1. 9.: Inkrafttreten der Kriegswirtschaftsverordnung, Aufruf des zivilen Luftschutzes und erste vollständige Verdunkelung; Schulen geschlossen
- 18. 9.: Wiederbeginn des Schulunterrichts
- 25. 9.: Ausgabe der Lebensmittelkarten

1940

- 4. 6.: Abwurf von drei britischen Sprengbomben auf die Rettbergsau
- 15. 6.: Abwurf einer britischen Sprengbombe in der Nähe des Jagdschlusses Platte
- 28. 8.: Abwurf einer britischen Sprengbombe und von Brandplättchen in Wiesbaden-Bierstadt
- 21. 9.: Abwurf von acht Spreng- und drei Brandbomben in der Gemarkung Wiesbaden-Erbenheim (Friedhof) und Klarenthal
- 18. 12.: Abwurf von vier Sprengbomben in Wiesbaden-Rambach; Brand von drei Scheunen, Beschädigung von drei Wohnhäusern

1941

- 6. 5.: Abwurf einer Sprengbombe auf die Kreuzung Wintermeyer- und Fritz-Kalle-Straße
- 6. 8.: Abwurf von Sprengbomben in dem Wohngebiet an der Bierstadter Straße sowie von Spreng- und Brandbomben in den Feldgemarkungen Bierstadter Höhe, Wiesbaden-Erbenheim, Wiesbaden-Kloppenheim und Wiesbaden-Bierstadt
- 7. 8.: Abwurf von Sprengbomben an der Palmstraße (Siedlung Gräselberg), in Wiesbaden-Biebrich und an der Platter- und Teutonenstraße
- 23. 8.: Abwurf einer Sprengbombe in das Waldgelände hinter der Fischzucht
- 27. 8.: Abwurf einer Sprengbombe in der Nähe der Ziegelei an der Saarstraße
- 30. 8.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in den Gemarkungen Wiesbaden-Frauenstein, Wiesbaden-Kloppenheim und Wiesbaden-Sonnenberg

- 3. 9.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in der Friedenstraße sowie von Brandbomben in Wiesbaden-Biebrich, Bahnhofsfeld, Horst-Wessel-Straße, Diltheystraße, Gartenstraße und Schloßpark sowie in den Feldgemarkungen von Wiesbaden-Sonnenberg und Wiesbaden-Schierstein
- 13. 9.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in den Gemarkungen von Wiesbaden-Frauenstein, Wiesbaden-Erbenheim und Wiesbaden-Igstadt

1942

- 6. 4.: Abwurf einer Sprengbombe am Bahnhof Wiesbaden-Ost und Abwurf von Brandbomben in den Kalkbrüchen von Dyckerhoff
- 12. 8.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden
- 25. 8.: Abwurf einer Sprengbombe zwischen Wiesbaden-Biebrich und Wiesbaden-Schierstein in der Nähe der Kläranlage
- 9. 9.: Abwurf von Brandbomben südwestlich des Kellerskopfes in das Wald- und Wiesengelände

1943

- 4. 10.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden
- 20. 12.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden-Biebrich und Wiesbaden-Dotzheim

1944

- 29. 1.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden
- 8. 2.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Biebrich
- 12. 5.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Erbenheim
- 28. 7.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden
- 30. 7.: Abwurf einer Minenbombe in Wiesbaden
- 8. 9.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Biebrich
- 9. 9.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Erbenheim
- 12. 9.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Biebrich
- 13. 9.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden
- 19. 9.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Biebrich
- 21. 9.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Schierstein
- 27. 9.: (vormittags) Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Biebrich und Mainz-Amöneburg
(nachmittags) Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Sonnenberg
- 2. 10.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden, Wiesbaden-Klarenthal und Chausseehaus
- 9. 10.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden, Wiesbaden-Biebrich und Wiesbaden-Bierstadt
- 12. 10.: (nachts) Abwurf von Minengleitbomben (Luftminen) und Sprengbomben in Wiesbaden
- 12. 10.: (abends) Abwurf von Minengleitbomben (Luftminen) und Sprengbomben in Wiesbaden
- 19. 10.: (nachts) Abwurf von Minengleitbomben (Luftminen) in Wiesbaden
(nachmittags) Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden, Wiesbaden-Biebrich und Wiesbaden-Dotzheim
- 22. 10.: Abwurf von Minengleitbomben in Wiesbaden
- 23. 10.: Abwurf von Minen- und Sprengbomben in Wiesbaden
- 8. 11.: Abwurf von Sprengbomben und Bordwaffenbeschuß in Wiesbaden-Erbenheim
- 10. 11.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden-Bierstadt, Wiesbaden-Erbenheim und Wiesbaden-Schierstein
- 11. 11.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden

- 18. 11.: Abwurf von Minen- und Sprengbomben in Wiesbaden, Wiesbaden-Dotzheim und Wiesbaden-Frauenstein
- 25. 11.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Dotzheim
- 4. 12.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden, Wiesbaden-Biebrich und Wiesbaden-Erbenheim
- 11. 12.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden
- 12. 12.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden
- 18. 12.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden, Wiesbaden-Biebrich, Wiesbaden-Schierstein und Wiesbaden-Dotzheim
- 24. 12.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Biebrich
- 30. 12.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Biebrich

1945

- 1. 1.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Biebrich und Wiesbaden-Schierstein
- 1. 2.: Abwurf von Minen- und Sprengbomben in Wiesbaden
- 2. 2.: Schwerster Luftangriff auf die Stadt Wiesbaden; totale Zerstörung ganzer Häuserblocks. Schwere Beschädigung an öffentlichen Gebäuden: Kirchen, Krankenanstalten, Rathaus, Kurhaus, Stadthalle, Theater und Schulen
- 7. 2.: Abwurf einer Minenbombe in Wiesbaden-Biebrich
- 13. 2.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Frauenstein
- 19. 2.: Abwurf von Sprengbomben auf Wiesbaden und Wiesbaden-Kloppenheim
- 21. 2.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Schierstein
- 27. 2.: Abwurf von Stabbrandbomben in Mainz-Amöneburg und Wiesbaden-Biebrich
- 1. 3.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Frauenstein
- 2. 3.: (morgens) Abwurf von Sprengbomben und Bordwaffenbeschuß in Wiesbaden-Biebrich (nachmittags) Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Dotzheim
- 3. 3.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Dotzheim
- 5. 3.: Abwurf von Sprengbomben in Wiesbaden-Biebrich
- 9. 3.: Abwurf von Spreng- und Brandbomben in Wiesbaden und Wiesbaden-Dotzheim
- 13. 3.: Abwurf von Sprengbomben und Bordwaffenbeschuß in Wiesbaden
- 15. 3.: Abwurf von Sprengbomben und Bordwaffenbeschuß in Wiesbaden
- 22. 3.: Militärische Kommandostellen, SS und politische Führer verlassen Wiesbaden
- 26. 3.: Bürgermeister PiékarSKI verläßt Wiesbaden, Stadtkämmerer Dr. Heß übernimmt die Geschäfte des Oberbürgermeisters
- 28. 3.: Amerikanische Truppen rücken in Wiesbaden ein; starke Plünderungen der Lager und Kasernen durch Zivilpersonen und ausländische Arbeiter
- 29. 3.: Wiesbaden von amerikanischen Truppen besetzt, Ausgehzeit von 7-9 und 15-18 Uhr, Lebensmittelgeschäfte dürfen allein offenhalten. Waffenablieferung

Rückblick auf die Auswirkungen des Luftkrieges auf die Stadt Wiesbaden

Bis zum Jahre 1944 war Wiesbaden im großen und ganzen von Luftangriffen ernsterer Art verschont geblieben. Wohl waren vereinzelt Bombenabwürfe erfolgt, die auch Todesopfer gefordert hatten, doch konnte die Stadt als solche noch als unzerstört und wohl erhalten gelten. Seit dem Beginn des Jahres 1944 verging jedoch kaum ein Tag mehr ohne längeren oder kürzeren Luftalarm und die Angriffe nahmen an Schwere und Häufigkeit zu, wenn es sich auch immer nur um kurze Aktionen handelte. So erfolgte am 8. Februar 1944 ein kurzer, aber heftiger Bombenabwurf über Wiesbaden-Biebrich, dem neben einem Teil der Henkellschen Sektkellerei Wohnhäuser in Wiesbaden-Biebrich zum Opfer fielen. Es waren insgesamt etwa 68 Tote zu beklagen.

Ein größerer Tagesangriff auf Wiesbaden erfolgte am Vormittag des 28. Juli 1944 gegen 11 Uhr. Bereits seit Stunden hatten Luftverbände in großer Höhe die Stadt nach entfernteren Zielen überflogen, als plötzlich ein Verband abschwankte und einen Bombenhagel über Bahnhofsviertel, Biebricher Allee und Kaiser-Friedrich-Ring niedergehen ließ. Der Bahnhof und die Einfahrtsgleise trugen schwerste Beschädigungen davon, die bis heute noch nicht ganz behoben werden konnten. Zahlreiche Villen und Wohnhäuser wurden vollständig zertrümmert, Gutenbergsschule und Landeshaus schwer beschädigt. 95 Tote waren zu beklagen.

Der September brachte kleinere Angriffe in ununterbrochener Folge. Am 8. September wurde die Gegend am Zietenring schwer getroffen, wobei 18 Menschen umkamen. Am 19. September erfolgte wiederum ein Angriff auf Wiesbaden-Biebrich, der sich vor allem gegen die Industrieanlagen der Chemischen Werke Albert, die Firma Kalle & Co. und die Portland-Zementwerke Dyckerhoff richtete. Es wurden hier neben weitgehender Zerstörung der Werke 55 Tote gemeldet.

Im Oktober 1944 wurde dann die gesamte Bevölkerung der Stadt durch den nächtlichen Einschlag luftminenähnlicher Geschosse in panikartigen Schrecken versetzt, um so mehr, da die verursachten grauenhaften Zerstörungen, die ganze Häuserblocks dem Erdboden gleichmachten, ohne vorherige Luftwarnung einsetzten. In mehreren Nächten kam es an verschiedenen Stellen zu Einschlägen, die 291 Todesopfer forderten. Diese Ereignisse hatten zur Folge, daß fast die gesamte Einwohnerschaft bei Anbruch der Dunkelheit auch ohne Alarm die öffentlichen und privaten Luftschutzkeller aufsuchte, um dort die Nächte zu verbringen. Lange Züge von Frauen und Kindern konnte man in der Dämmerung, schwer bepackt und beladen, den Bunkern zustreben sehen.

Auch das Jahr 1945 begann mit täglichen Luftalarmen, bis ein naßkalter Wintertag, der 2. Februar, in den Nachtstunden den lange befürchteten Großangriff brachte. Nach einem kurzen Voralarm erfolgte kurz nach 23 Uhr Vollalarm. Es blieb kaum Zeit die Luftschutzräume aufzusuchen, als schon das Dröhnen schwerer Maschinen und die am Himmel aufflammenden Lichtzeichen und Signale einen Großangriff voraussehen ließen. Es setzte ein unerhörter Hagel von Sprengbomben schwerer und schwerster Kaliber ein, während gleichzeitig Tausende von Brandbomben über allen Stadtteilen, ja auch über den äußeren Stadtbezirken, niedergingen. Die Erde dröhnte, der Boden schien sich zu heben und zu senken wie ein Schiff im Sturm, während schon bald die Flammen wie ein Meer emporloderten. Der Angriff war von ungewöhnlich langer Dauer (etwa 50 Minuten), und erst gegen Mitternacht verstummte das Geräusch der Motoren.

Den aus den Luftschutzräumen strömenden Menschen bot sich ein Bild des Grauens. Ganze Stadtteile und Straßenzüge standen in Flammen, unter zahllosen Trümmerstätten lagen die Toten und Schwerverwundeten.

Erst der Morgen ließ ein Bild der gesamten Zerstörung gewinnen, wobei sich herausstellte, daß vor allem der Stadtkern mit dem Schloßplatz, die angrenzend zur Wilhelmstraße führenden Straßenzüge, die obere Wilhelmstraße und das gesamte Kurviertel auf das Schwerste getroffen waren.

Das Rathaus hatte seine eindrucksvolle Fassade vollständig eingebüßt, der schöne Bau der Mädchenchule am Schloßplatz war völlig zerstört, Marktkirche und Schloß schwer beschädigt. Die dicht bebauten und mit Läden reichbesetzten Straßenzüge zwischen Schloßplatz und Wilhelmstraße, sowie die Häuserfront der oberen Wilhelmstraße selbst waren nur noch ein rauchendes Trümmerfeld. Die großen weltbekannten Hotels am Kaiser-Friedrich-Platz, „Nassauer Hof“ und „Vier Jahreszeiten“, boten ein Bild trostloser Zerstörung, das eine eine brandgeschwärzte Ruine, das andere, ein schönes klassizistisches Bauwerk, dem Erdboden gleichgemacht. Beide Kolonnaden mit der Brunnenanlage waren völlig zerstört, die herrliche Reihe uralter Platanen aufs schwerste verletzt. Theatereingang und Foyer wiesen starke Schäden auf, im Kurhaus lagerten Rauchwolken über den Trümmern des großen Konzertsaales und der anschließenden Konversationsräume. Völlig ausgebrannt war das Paulinenschlößchen mit den beiden großen Versammlungssälen. Einen furchtbaren Anblick gewährten die einst so gepflegten und schönen

Villenstraßen um Kurhaus und Kurpark mit ihren zahlreichen Einzelhäusern, Fremdenpensionen und Hotels inmitten sorgfältig gepflegter Gärten. Haus an Haus war hier in eine Trümmerstätte verwandelt, unter der zahllose Tote ruhten. An großen Hotels büßte Wiesbaden hier das Haus am Kurpark und Hotel Quisisana ein, ferner zahlreiche kleinere Fremdenheime und Pensionen, das große Hotel Kaiserhof mit dem anschließenden Hallenschwimmbad, im Stadttinnern das Hotel Spiegel, den Hessischen Hof und zahlreiche kleinere, aber stets gut besuchte Hotels und Badehäuser an der völlig zerstörten Spiegel- und Häfnergasse. Das städtische „Kaiser-Friedrich-Bad“ verlor den Dachstock, während das Schützenhofbad einen Volltreffer in den Innenhof erhielt, so daß die dort untergebrachte Rheumaklinik schwer beschädigt wurde. Auch die städtischen Krankenanstalten wurden sehr schwer getroffen und büßten verschiedene Stationsgebäude ein.

Neben den bereits schwer mitgenommenen Schulen am Gutenbergplatz und Zietenring fielen nunmehr die Schule am Schloßplatz, die beiden Gymnasien am Luisenplatz, die Schule am Schulberg und die Volksschule in der Luisenstraße vollständig aus.

Während zunächst die Trauer um die 511 Toten im Vordergrund stand, während Tausende von Obdachlosen langsam Zuflucht bei denen fanden, denen ihr Heim erhalten blieb, ließ sich erst langsam überblicken, wie stark die Stadt als solche gelitten hatte. Erschien sie auch anderen total zerstörten Städten gegenüber noch begünstigt, so war sie doch in ihrem Lebensnerv getroffen. Die Kur- und Bäderstadt Wiesbaden hatte in einer Nacht fast alles verloren, was ihr in der Welt den Ruf eines gepflegten und modernen Heilbades verschafft hatte. Die Bahnanlagen, die Bade- und Kureinrichtungen, die Hotels waren fast völlig zerstört, die Straßen, Häuser und Geschäfte des Kurviertels vernichtet, Kurhaus und Theater stark beschädigt, Parks und Anlagen durch Bombentrichter verwüstet.

Schon damals konnte man sich sagen, daß ein Wiesbaden im alten weltbekannten Glanze wohl kaum wieder erstehen werde, sondern daß erst nach langen Jahren angestrebter Arbeit ein modernes, segenspendendes Heilbad in neuer, allen zugute kommender Form werde erwachsen können.

Dem Großangriff am 2.-3. Februar folgten noch schwere Teilangriffe am 19. Februar, 2., 3. und 9. März 1945, die neben erheblichen Sachschäden insgesamt weitere 215 Menschenleben forderten. Der letzte Angriff am 9. März brachte empfindliche Zerstörung vieler Speisekabel der Stromversorgung zwischen dem Elektrizitätswerk in der Mainzer Straße und der Innenstadt, Zerstörung des Wasserrohr- und Kanalnetzes und der Gasversorgungsleitungen an verschiedenen Stellen.

Die Gesamtzahl der Todesopfer infolge des Luftkrieges betrug 1739 Personen, davon 117 Wehrmachtsangehörige und 13 Kriegsgefangene. Von den 1609 getöteten Zivilpersonen waren 660 männlichen, 931 weiblichen und 18 unbekanntes Geschlechts. Unter den 1609 Zivilpersonen befanden sich 33 Ortsfremde und 57 Ausländer. Von den 117 getöteten Wehrmachtsangehörigen waren 99 Ortsfremde.

Besondere Ereignisse und Veranstaltungen der Jahre 1945 und 1946

1945

3. 4.: Ausgehzeit von 7-19 Uhr innerhalb eines Umkreises von 6 km von der Stadtgrenze. Ablieferung von Fotoapparaten und Fernstechern
5. 4.: Lebensmittelkartenausgabe für die Woche vom 9.-15. April 1945. Versorgte Bevölkerung am 1. April 1945: 133421 Deutsche und 896 ehemalige ausländische Zivilarbeiter
- 9.-14.4.: Registrierung der ehemaligen Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen, Ausstellung der neuen Personalausweise
10. 4.: Erstes Nachrichtenblatt der XII. amerikanischen Heeresgruppe „Die Mitteilungen“ Nr. 20 wird herausgegeben
21. 4.: Das Arbeitsamt nimmt seine Tätigkeit wieder auf

21. 4.: Der im Jahre 1933 aus dem Amt entfernte Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, Georg Krücke, wird von der Militärregierung wieder zum Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden ernannt
23. 4.: Nr. 1 des alliierten Nachrichtenblattes „Frankfurter Presse“ erscheint
28. 4.: Ausstellung der Registrierscheine. Kurhaus von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Banken wieder geöffnet
3. 5.: Das Finanzamt nimmt seine Tätigkeit wieder auf.
9. 5.: Regierung für den Regierungsbezirk Wiesbaden gebildet. Regierungspräsident: Staatssekretär a. D. Bredow. Regierungsvizepräsident: Regierungsrat a. D. Nichalke
10. 5.: Die Verdunkelungsvorschriften werden aufgehoben
11. 5.: Ausgehzeit von 5—21 Uhr
30. 5.: Ausgehzeit von 4,30—23 Uhr
31. 5.: Die katholische Kirche veranstaltet wieder ihre erste Fronleichnamsprozession um den Luisenplatz
9. 6.: Nr. 1 der „Mitteilungen für den Stadtkreis Wiesbaden“, herausgegeben von der Stadtverwaltung, erscheint
21. 6.: Ausgehzeit von 5—21,30 Uhr
22. 6.: Einführung des Polizeipräsidenten Heimannsberg
5. 7.: Rückkehr von verschleppten Wiesbadener Einwohnern aus Theresienstadt mit amerikanischen Omnibussen. Empfang im Rathaus
7. 7.: Wiederaufnahme des Personenverkehrs im Hauptbahnhof Wiesbaden. 18 ankommende und 19 abfahrende Züge
24. 7.: Fernsprechtbetrieb teilweise wieder eröffnet
1. 8.: Wiedereröffnung des Postbetriebes im Gebäude Ecke Dotzheimer und Schwalbacher Straße
2. 8.: 1. Symphoniekonzert des Symphonieorchesters der Stadt Wiesbaden im Gesellenhaus
10. 8.: Auf Anordnung der Militärregierung werden die Stadtbezirke *Mainz-Amöneburg*, *Mainz-Kastel* und *Mainz-Kostheim* dem Stadtkreis Wiesbaden angegliedert
10. 8.: Wiedereröffnung der Volksschulen mit vier Grundschulklassen
23. 8.: Amtseinführung des bisherigen Regierungsvizepräsidenten Nichalke als Regierungspräsident und des Rechtsanwalts und Notars Dr. Karl Weber als Regierungsvizepräsident
1. 9.: Neubildung der demokratischen Parteien
1. 10.: Wiederaufnahme des elektrischen Straßenbahnbetriebes zwischen Wilhelmstraße und Wiesbaden-Bierstadt
2. 10.: Erscheinen der durch die Militärregierung als siebentes Blatt in der amerikanischen Zone lizenzierten Wiesbadener Tageszeitung mit der Bezeichnung „Wiesbadener Kurier“
16. 10.: Feierliche Einsetzung der provisorischen Regierung für das Land Groß-Hessen durch den Direktor der amerikanischen Militärregierung Dr. Newman. Ministerpräsident: Prof. Dr. Karl Geiler. Wiesbaden als Sitz der Landesregierung wird Landeshauptstadt

1946

16. 1.: Landrat a. D. H. Noelle zum Regierungsvizepräsidenten ernannt
10. 2.: Ausstellung Alter Meister im Neuen Museum eröffnet
12. 2.: Erste Ausgabe deutscher Briefmarken
1. 3.: Wiederaufnahme der Gasversorgung
7. 3.: Eröffnungssitzung des Beirates bei dem Oberbürgermeister in der Rheumaklinik
1. 4.: Aufhebung der Sperrzeiten für den Verkehr
21. 4.: Nerobergbahn wieder in Betrieb
26. 5.: Stadtverordnetenwahl

30. 6.: Wahl zur Verfassungsberatenden Großhessischen Landesversammlung
25. 7.: Stadtverordneten-Versammlung wählt den Vortragenden Legationsrat a. D. Hans H. Redlhammer zum Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden. Einführung erfolgte in der Stadtverordneten-Versammlung am 12. August
1. 9.: Eröffnung der Opernbühne im Walhalla-Theater
9. 9.: Ausgabe der neuen Kennkarten
29. 10.: Volks-, Berufs- und Wohnungszählung
31. 10.: Eröffnung der Landesausstellung „Hessische Wirtschaft“
1. 12.: Landtagswahl, Volksentscheid zum Artikel 41 der Verfassung des Landes Hessen

1947

- 14.-15.3.: 4. Interzonale Städtekonferenz in Wiesbaden

Zusammenfassender Bericht über die Verwaltung in den Rechnungsjahren 1938 bis 1944

Dieser Bericht beschränkt sich lediglich auf eine knappe Darstellung der organisatorischen Veränderungen innerhalb der städtischen Dienststellen, streift kurz die einschneidenden Auswirkungen des Krieges auf die Stadtverwaltung und leitet damit auf die Zeit des Zusammenbruches und die Anfänge der Nachkriegsverwaltung über.

Die Neuabgrenzung der Zuständigkeit zwischen staatlicher und gemeindlicher Polizei durch die Verordnung des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 31. März 1938 brachte den Übergang folgender polizeilicher Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben auf die Stadtverwaltung, die den angegebenen städtischen Dienststellen zugewiesen wurden:

- | | |
|--|--|
| 1. Gewerbepolizei (mit Ausnahme der Aufgaben, die der staatlichen Polizei verblieben sind) | dem Versicherungs- und Gewerbeamt; |
| 2. Befugnisse auf dem Gebiet der Kulturgesetze | dem Schul- und Kulturamt; |
| 3. Gesundheitspolizei | der Verwaltung der städtischen Krankenanstalten; |
| 4. Aufgaben des Leichen- und Begräbniswesens | dem Standesamt; |
| 5. Veterinärpolizei | } der Schlacht- und Viehhofverwaltung; |
| 6. Lebensmittelpolizei | |
| 7. Naturschutzangelegenheiten | |
| 8. Forstpolizei | } dem Liegenschaftsamt; |
| 9. Jagdpolizei (ausgenommen die Erteilung, Ver-
sagung und Entziehung der Jagdscheine) | |
| 10. Marktpolizei | der Marktverwaltung; |
| 11. Schulpolizei | dem Schulamt; |
| 12. Wegpolizei (hinsichtlich der Unterhaltung, Be-
leuchtung und Reinigung) | dem Tiefbauamt. |

Zur Vereinfachung der Verwaltung wurde am 1. April 1938 eine Gehalts- und Lohnstelle als besondere Abteilung des Hauptamtes eingerichtet.

Zum gleichen Zeitpunkt erfolgte die Auflösung der einzelnen Verwaltungsbuchhaltereien und Zusammenfassung in einer zentralen Hauptbuchhaltung.

Die mit dem Hauptamt verbundene Nachrichtenstelle wurde am 10. September 1938 aufgehoben; deren Aufgaben wurden von da ab unmittelbar vom Hauptamt wahrgenommen.

Am 1. April 1939 erfolgte die Aufhebung der Verwaltungsstelle Wiesbaden-Schierstein. Ihre Aufgaben übernahm die Verwaltungsstelle Wiesbaden-Biebrich.

Das Statistische Amt führte am 17. Mai 1939 eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung durch.

Mit Ausbruch des Krieges und in dessen weiteren Verlauf traten innerhalb der Stadtverwaltung außerordentliche Änderungen ein. Ein erheblicher Teil des Personals wurde zum Wehrdienst eingezogen oder anderweitig dienstverpflichtet. Obwohl einerseits durch entsprechende Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten eine Verwaltungsvereinfachung erreicht wurde, mußten doch eine große Anzahl von Ruhestandsbeamten wieder in Dienst gestellt oder Aushilfskräfte neu eingestellt werden, um die neuen kriegsbedingten Aufgaben erfüllen zu können.

Auf Grund der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 wurde die Einrichtung folgender Kriegsdienststellen erforderlich:

1. Ernährungsamt mit den Abteilungen:

A) Bedarfsdeckung

B) Verbrauchsregelung

Aufgabe: Bewirtschaftung der Lebensmittel.

2. Wirtschaftsamt mit den Abteilungen:

1. Treibstoffe und Kautschukbereifungen

2. Spinnstoffe und Schuhwaren

3. Kohle

4. Seife

5. Altmaterialerfassung

6. Fahrbereitschaftsleitung (vgl. Bericht Straßenverkehrsamt).

3. Abteilung Familienunterhalt beim Fürsorgeamt.

Aufgabe: Betreuung der Angehörigen der zum Wehrdienst eingezogenen Einwohner usw.

Durch Gesetz vom 27. September 1939 über das Feuerlöschwesen wurde die Feuerlöschpolizei in Feuerschutzpolizei umgewandelt.

Die private Bautätigkeit erfuhr bei Kriegsausbruch eine starke Einschränkung. Insoweit ging auch die Tätigkeit der Bauämter zurück. Dagegen brachte ihnen die Ausführung kriegswichtiger Bauarbeiten sowie die baulichen Luftschutzmaßnahmen eine ständig zunehmende Erweiterung ihres Aufgabenkreises.

Das bereits vor Beginn des Krieges eingerichtete und vom Baudezernat mitverwaltete Wehrmachtbüro wurde ab 1. September 1939 dem Hauptamt angegliedert, ab 8. Juli 1941 als selbständige Dienststelle eingerichtet, die ab 25. Juni 1942 die Bezeichnung „Wehrmacht- und Kriegsschädenamt“ führte.

Bei der Mobilmachung wurden die meisten Schulgebäude ganz oder teilweise beschlagnahmt.

Die Museen schlossen ihre Sammlungen.

Während des Rechnungsjahres 1940 wurde das Buchungssystem der Stadtverwaltung umgestellt. An Stelle der Sachbuchkartei wurde eine Loseblatt-Buchhaltung eingerichtet und dadurch eine Vereinfachung und Beschleunigung des Buchungsverfahrens sowie pünktliche und fehlerfreie Monats- und Jahresabschlüsse erreicht.

Am 7. Januar 1941 wurde die Städtische Leihanstalt geschlossen.

Für die Stadtverwaltung wurde mit Wirkung vom 15. Januar 1941 eine Hauptgeschäftsordnung, eine allgemeine Geschäftsanweisung und ein Verwaltungsgliederungsplan erlassen. Nach letzterem gliederte sich die Verwaltung ab 15. August 1941 wie folgt:

1. Allgemeine Verwaltung

2. Schul- und Kulturverwaltung

3. Fürsorge- und Gesundheitsverwaltung

4. Bauverwaltung

5. Öffentliche Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmungen

6. Finanz- und Steuerverwaltung.

Gleichzeitig wurden die Ordnungszahlen des Verwaltungsgliederungsplanes als Geschäftszeichen für alle Dienststellen eingeführt.

Im Zuge der Verwaltungsumgliederung kamen die Lebensmittel- und die Veterinärpolizei am 1. April 1941 und die Gesundheitspolizei am 10. Oktober 1941 zum Versicherungs- und Gewerbeamt.

Da die Gesundheitsbehörde an das Staatliche Gesundheitsamt überging, ist hierüber nicht mehr zu berichten.

Landesbibliothek und Kindergarten gingen unentgeltlich in das Eigentum des Bezirksverbandes Nassau bzw. der NSV über.

Weiter wurden die Vollziehungsstelle, deren Aufgabenkreis an die Stadthauptkasse überging, und das Stadtverwaltungsgericht am 1. Dezember 1941 aufgehoben.

An Stelle des bisher der Baupolizei angegliederten Wohnungsbüros wurde am 1. Februar 1942 ein Wohnungsamt als selbständige Dienststelle eingerichtet, dem die Obdachlosenpolizei und die Preisbehörde für Mieten und Pachten angegliedert waren.

Am 1. Februar 1942 wurde ein Kulturamt errichtet und die Verwaltungsstelle für Hauszinssteuerhypothenen der Kämmerei angegliedert.

Die Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden A.-G. änderten ab 28. April 1942 ihre Firmenbezeichnung in „Stadtwerke Wiesbaden Aktiengesellschaft“. Die städtischen Verkehrsbetriebe wurden am gleichen Tage in diese Aktiengesellschaft eingegliedert.

Das Städtische Kurorchester erhielt am 21. August 1942 die Bezeichnung „Symphonie- und Kurorchester der Stadt Wiesbaden“.

Die Gesellschaft Verwaltung Städtischer Miethäuser m.b.H. wurde durch Beschluß des Herrn Regierungspräsidenten als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt und führt ab 30. Juni 1942 die Bezeichnung „Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden m.b.H.“. Das Stammkapital wurde im Jahre 1944 von 1 000 000 RM auf 2 000 000 RM erhöht.

Bis 17. Dezember 1943 standen nach und nach sämtliche Schulen wieder für den Unterricht zur Verfügung.

Zunehmende Kriegsschäden brachten ab 1944 an den Verwaltungsgebäuden, Schulen und Versorgungsbetrieben ganz empfindliche Betriebsstörungen, deren Höchstmaß nach den schweren Luftangriffen im Februar und März 1945 erreicht wurde.

Durch erhöhte Einberufungen zum Kriegsdienst erlitt die Verwaltungstätigkeit weiter bedeutende Einschränkungen.

Am 5. März 1945 stellten die Schulen den Unterricht ein.

Starke Zerstörungen in den städtischen Krankenanstalten, insbesondere der Frauenklinik, erzwangen die Verlegung verschiedener Abteilungen.

Kurz vor dem Einzug der amerikanischen Truppen am 28. März 1945 übernahm Beigeordneter Dr. Heß die Führung der Verwaltungsgeschäfte.

Stadtgebiet und Bevölkerung

Stadtgebiet

Auf Grund der Entscheidung des Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden vom 22. August und 18. November 1938 sowie der Beschlüsse des Preußischen Staatsministeriums vom 29. Dezember 1938 und 17. Januar 1939 und der hierzu ergangenen Berichtigungen vom 23./24. Mai 1939 sind die Grenzen des Stadtkreises Wiesbaden mit Wirkung vom 1. April 1939 wie folgt geändert worden:

1. Aus dem Stadtkreis Wiesbaden (Gemarkung Georgenborn) ist eine Fläche von 125,0697 ha in die Gemeinde Schlangenbad (Untertaunuskreis) und
2. aus dem Main-Taunuskreis ist eine Fläche von 97,7272 ha in den Stadtkreis Wiesbaden eingegliedert worden.

Durch diese Maßnahme verkleinerte sich der Flächeninhalt des Stadtkreises Wiesbaden um 27,3425 ha und betrug 14 113,18 ha. Die Einwohnerzahl der Stadt Wiesbaden verlor durch die Ausgliederung des Stadtbezirks Wiesbaden-Georgenborn 179 (91 männliche und 88 weibliche) Personen.

Auf Anordnung der Militärregierung wurden die zum Stadtkreis Mainz gehörigen, rechtsseitig von Main und Rhein gelegenen Gebietsteile Kostheim, Kastel und Amöneburg am 10. August 1945 in den Stadtkreis Wiesbaden eingegliedert.

Hierdurch vergrößerte sich die Stadtgebietsfläche um 2261,99 ha; der Bevölkerungszuwachs betrug 18266.

c) Filme:

Bestand am 30. Januar 1946	564 Kopien
nicht mehr zugelassene Filme	105 Kopien
für den Wiederaufbau zerstörter Bildstellen an Landesbildstelle abgegeben	<u>88 Kopien</u>
Gesamtabgabe	<u>193 Kopien</u>
Bestand am 1. Januar 1947	371 Kopien
Zugang bis März 1947	<u>1 Kopie</u>
Bestand am 31. März 1947	<u>372 Kopien</u>

Verleih

Die Tätigkeit der Bildstelle nach Kriegsende begann mit dem Verleih von Lichtbildgeräten und Glasbildern für volksbildende Vortragsabende. Von Februar bis Dezember 1946 wurden 105 Veranstaltungen mit Geräten versehen, bei 70 wurde Vorführung verlangt.

Nach der Zulassung der Unterrichtsfilme entliehen 18 Schulen von Juli bis Dezember 1946 insgesamt 78 Filme.

Organisation, Aufklärung und Ausbildung

Die Arbeit des Neuaufbaus wurde unter dem Gesichtspunkt begonnen, daß bei der schwierigen Lage der Schule und der Überlastung der Lehrerschaft dieser die Filmarbeit möglichst erleichtert und reibungslos nahegebracht werden sollte und daß, von behördlichen Anordnungen abgesehen, die Arbeit sich aus freiwilliger Teilnahme entwickeln sollte.

Von November bis Januar 1947 besuchte der Bildstellenleiter die meisten Schulen, um mit den Schulleitern Fühlung aufzunehmen, die Bildraumverhältnisse kennenzulernen und für die Wiederinstandsetzung Anregungen zu geben. Die Schulen machten Schulbildwarte namhaft; es sind zum Teil in der Bildarbeit erfahrene, zum Teil junge Lehrkräfte. Absichtlich wurde nicht sofort eine Versammlung aller Schulbildwarte angesetzt; das soll nach den ersten Raumreparaturen und mit Erfahrungen des Winterhalbjahres im Frühjahr 1947 geschehen.

Im Dezember 1946 fanden vier Schmalfilmlehrgänge mit 60 Teilnehmern statt. Der Bildstellenleiter sprach am 28. November 1946 auf der Schulleiterkonferenz über Bildarbeit und am 11. Dezember vor der Wiesbadener Lehrerschaft über das Thema „Lichtbild und Film im Dienste der Gemeinschaftskunde“.

Fotoarbeiten

z. B. Aufnahmen von der Schulspeisung konnten nur unter großen Schwierigkeiten im behelfsmäßig eingerichteten Labor der Landesbildstelle ausgeführt werden.

Amt für Leibesübungen und Jugendpflege

Stadtjugendausschuß

Das Amt wurde im August 1945 wieder neu errichtet. Es hat sämtliche Maßnahmen anzuregen und durchzuführen, die seitens der Stadt Wiesbaden zur Förderung von Spiel, Sport und Turnen der Jugendlichen und Erwachsenen zu treffen sind.

Die jugendpflegerischen Aufgaben bestehen in der Heranbildung einer an Leib und Seele gesunden schaffens- und verantwortungsfreudigen Jugend.

Zur Leitung des Amtes wurde Amtmann Philippi bestellt. Im Verlauf des Jahres wurde die Dienststelle neu aufgebaut und organisiert und die entsprechenden Verhandlungen mit der Militärregierung geführt.

Zur Pflege gemeinschaftlicher Interessen und zur Förderung der gesamten Jugendarbeit haben sich am 7. August 1946 die Jugendpflege treibenden Vereine zum Stadtjugendring Wiesbaden

zusammengeschlossen. In Mainz-Kostheim bildete sich zu Anfang des Jahres die Kultur- und Sportgemeinschaft Mainz-Kostheim, der sämtliche Kostheimer Vereine angehören. Auf Veranlassung des amerikanischen Jugendoffiziers wurde Ende September ein deutsch-amerikanischer Jugendrat gebildet, dem der amerikanische Jugendoffizier vorsteht und zu dessen Mitgliedern je ein Vertreter des Amtes für Leibesübungen und des Stadtjugendringes sowie zwei Vertreter des Stadt- und Landverbandes gehören. In dem von dem Ministerium für Kultus und Unterricht neugebildeten Landesjugendausschuß ist die Stadt Wiesbaden durch das Amt für Leibesübungen und Jugendpflege vertreten.

Mit Erlaß vom 26. Juni 1946 wurde die Prüfung und Zulassung der Jugend- und Turn- und Sportvereine und die Prüfung und Zulassung der kulturellen Vereine dem Stadtjugendausschuß übertragen.

Der Jugendausschuß veranstaltete am 1. August 1946 auf dem Marktplatz eine Jugendfriedenskundgebung, bei der Prof. Noack als Vertreter des Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Herzfeld als Vertreter des Ministeriums für Kultus und Unterricht, Oberbürgermeister Dr. Krücke als Vertreter der Stadt und Gerhard Holz als Vertreter der Jugend sprachen.

Trotz der Beschlagnahmung der beiden städtischen Kampfbahnen Kleinfeldchen und Frankfurter Straße konnten im Laufe des Jahres folgende Sportwettkämpfe zur Austragung kommen:

- am 24. 2. 1946 Waldlaufmeisterschaften in Wiesbaden
- am 30. 5. 1946 Jugendhandballturnier in Wiesbaden
- am 14. 7. 1946 Jugendfußballturnier in Wiesbaden
- am 4. 8. 1946 Schülerfußballturnier mit Hockey-Werbetag in Wiesbaden
- am 18. 8. 1946 Bezirksturnfest in Wiesbaden-Schierstein
- am 1. 9. 1946 Bezirks-Leichtathletikmeisterschaften in Wiesbaden
- am 3. 11. 1946 Bezirks-Gerätmeisterschaften in Wiesbaden-Biebrich
- am 29. 9. 1946 Sportfest der Katholischen Jugend in Wiesbaden.

Wegen der Unmöglichkeit, die Strandbäder im Laufe des Sommers herzurichten, war am Rhein ein wildes Baden eingerissen. Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft bemühte sich, die Badestrecken zu überwachen und die Badenden zu schützen. Eines der wichtigsten und dringendsten Probleme war die Schaffung eines Jugendheimes. Trotz eifrigster Bemühungen der deutschen und amerikanischen Stellen konnte diese Frage noch nicht gelöst werden.

Die Mitarbeit der amerikanischen Armee brachte unserer Jugend wesentliche Vorteile. Es bildeten sich Spiel- und Bastelgruppen, die in Wiesbaden-Alt auf dem Platz an der Frankfurter Straße und auf der Waldstraße sowie in Wiesbaden-Biebrich, Wiesbaden-Dotzheim, Wiesbaden-Frauenstein, Mainz-Kastel und Wiesbaden-Schierstein nutzbringende Tätigkeit entfalteten. Im Thalia-Theater fanden verschiedene Filmvorführungen der Amerikaner statt, zu denen die Karten kostenlos an die deutschen Jugendverbände abgegeben wurden. Mehrere Rheinfahrten brachten unsere Jugendlichen bis nach Geisenheim und Rüdesheim. Das Amt für Leibesübungen und Jugendpflege konnte aus alten Heeresbeständen 127 Paar Skier an die Jugendlichen der angeschlossenen Vereine ausgeben.

III. FÜRSORGE- UND GESUNDHEITSVERWALTUNG

Fürsorge- und Jugendamt

Rechnungsjahr 1949

Allgemeines und Organisation

Nach dem Zusammenbruch wurden auf Anordnung der Militärregierung die verschiedenen Gruppen der öffentlichen Fürsorge in einer Einheitsfürsorge zusammengefaßt. Die bis dahin im Wege des Familienunterhaltes betreuten Angehörigen von Soldaten mußten durch Wegfall des Familienunterhaltes in diese Einheitsfürsorge mit übernommen werden. Die Richtsätze für die Einheitsfürsorge wurden am 1. Juni 1945 wie folgt festgesetzt:

Alleinstehende	monatlich 33 RM
Haushaltsvorstand	monatlich 30 RM
Haushaltsangehörige über 16 Jahre	monatlich 21 RM
Haushaltsangehörige unter 16 Jahre	monatlich 15 RM
allgemeiner Richtsatz für Pflegekinder bis zu	monatlich 30 RM

Organisatorisch wurden zur Betreuung der Hilfsbedürftigen bei der Unterstützungsabteilung des Fürsorgeamtes zwei Abschnitte eingerichtet, und zwar:

Abschnitt I für die bisherigen Empfänger von

- Allgemeiner Fürsorge
- Sozialrentnerfürsorge
- Familienunterhalt
- Anstaltsfürsorge und die hinzugekommene Flüchtlingsfürsorge;

Abschnitt II für die bisherigen Betreuten der

- Kriegsbeschädigtenfürsorge
- Kriegshinterbliebenenfürsorge
- Kleinrentnerfürsorge und Kleinrentnerhilfe
- Wochenfürsorge und
- Tbc.-Fürsorge.

Die Betreuung der politisch, rassisch und religiös Verfolgten erfolgte bei einer besonders hierfür eingerichteten Betreuungsstelle.

Die Abteilung Familienunterhalt kam mit der Überleitung ihres Personenkreises in die öffentliche Fürsorge in Wegfall. Haushaltsmäßig und statistisch werden die in Fürsorge stehenden Angehörigen von noch nicht aus Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten und Vermißten getrennt geführt. Die für die frühere Abteilung Familienunterhalt bestandene Zahlkartenstelle ist aus kassentechnischen Gründen auch auf die übrigen Fürsorgezweige der offenen Fürsorge — die Unterstützungsstellen verwalteten bis zum 31. März 1945 ihre Zahlkarten selbst — ausgedehnt worden.

Offene Fürsorge

Ein starkes Ansteigen der Unterstütztzahl trat im Rechnungsjahre 1945 ein, das im wesentlichen auf den Wegfall der Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenrenten und sonstiger Versorgungsansprüche zurückzuführen war.

Laufend in offener Fürsorge befanden sich im Rechnungsjahre 1945 insgesamt 7297 Parteien (1943 = 4208, 1944 = 3915), im Wege des Familienunterhaltes wurden 4791 Parteien (1943 = 9563, 1944 = 9416) betreut.

Auf die einzelnen Familiengruppen verteilen sich die von der öffentlichen Fürsorge einschließlich Familienunterhalt Betreuten wie folgt:

	1943	1944	1945
Kriegsbeschädigtenfürsorge	28	27	628
Kriegshinterbliebenenfürsorge	122	126	1 652
Sozialrentnerfürsorge	1 792	1 689	1 622
Kleinrentnerhilfe	653	598	514
Kleinrentnerfürsorge	364	341	276
Gleichgestellte	922	855	1 658
Kriegshilfe	19	23	170
Sonstige allgemeine Fürsorge	47	38	14
Pflegekinder	134	123	142
Tbc.-Fürsorge	125	92	131
Wochenhilfe	2	3	11
Familien- und Räumungsfamilienunterhalt	9 563	9 416	4 791
Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte	—	—	179
Flüchtlingsfürsorge	—	—	300
Insgesamt:	<u>13 771</u>	<u>13 331</u>	<u>12 088</u>

Die Ausgaben für sämtliche vorbezeichnete Personengruppen ausschließlich der durchlaufenden Posten betragen 1945:

Unterstützungen zum Lebensunterhalt	9 401 642 RM
Ärztliche Behandlung und Heilmittel	64 393 RM
Sonstiger Aufwand in der offenen Fürsorge	17 728 RM
Insgesamt in der offenen Fürsorge	<u>9 483 763 RM</u>

Geschlossene Fürsorge

In der Gesamtzahl der in Heimen und Anstalten untergebrachten Personen ist in der Berichtszeit keine wesentliche Änderung eingetreten. Durch die Beschädigung des Städtischen Altersheimes in Wiesbaden-Biebrich zu Beginn des Jahres 1945 ist die Belegungszahl dieses Heimes zurückgegangen. Die Zunahme der Gesamtfälle im Jahre 1945 ist in der Hauptsache auf den Übergang der Pflegefälle aus den Stadtbezirken Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim auf die Stadt Wiesbaden zurückzuführen. Im Juni 1945 wurde als weiteres städtisches Altersheim das Haus Waldfriede und Ende März 1946 das Haus Nerotal 75 in Betrieb genommen.

Es wurden auf Fürsorgekosten insgesamt 756 Personen in geschlossener Fürsorge untergebracht.

Die Ausgaben hierfür beliefen sich auf 459 387 RM.

Besondere Fürsorgemaßnahmen

a) in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge

Berufsfürsorge und Arbeitsvermittlung

Im Berichtsjahre 1945 wurden von 1275 unterzubringenden Schwerkriegsbeschädigten 461 einer Arbeitsstelle zugeführt.

Kriegsbeschädigtenausweise

Es wurden ausgestellt:

Ausweise zur bevorzugten Abfertigung bei Amtsstellen	696
zur Benutzung der II. Wagenklasse, Eintrittsermäßigung bei kulturellen Veranstaltungen und zur unentgeltlichen Benutzung der Verkehrsmittel im Ortslinienverkehr	971

b) *allgemein in der offenen Fürsorge*

Holzlesescheine

In der Berichtszeit wurden an Bedürftige 250 Holzscheine ausgestellt.

Sonderaufgaben

Rundfunkgebührenbefreiungen

3975 Anträge auf Rundfunkgebührenbefreiung wurden in der Berichtszeit geprüft und bestätigt.

Eisernes Sparguthaben

Die Prüfung der Anträge auf vorzeitige Auszahlung Eiserner Sparguthaben setzte im November 1945 ein. Bis zum Ende der Berichtszeit waren bereits 333 Anträge überprüft.

Armenrechtszeugnisse

Erheblich war die Zahl der beantragten Armenrechtszeugnisse zum Zwecke der Ehescheidung. Bei den im Jahre 1945 ausgestellten 516 Zeugnissen war in 362 Fällen Ehescheidung als Streitgegenstand angegeben.

Stadtärztliche Tätigkeit

Vom Stadtarzt wurden in 462 Fürsorgefällen Gutachten abgegeben.

Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Jugendamtes

Pflegeanstalt und Altersheim Wiesbaden-Biebrich

Ein großer Teil der Anstalt wurde durch Fliegerwirkung vernichtet. 2 Diakonissen, 2 Hausmädchen und 41 Insassen fanden hierbei den Tod. Im Berichtsjahre 1945 standen von den im Vorjahre vorhandenen 133 Betten nur 64 zur Verfügung.

Altersheim Waldfriede, Platterstraße

Das Heim wird seit 25. Juni 1945 betrieben und hatte eine durchschnittliche Belegung von 34 Betten.

Altersheim Nerotal 75

Am 1. Oktober 1945 wurde mit der Einrichtung des Hauses für ein städtisches Altersheim begonnen. In den Wintermonaten mußte das Heim vorübergehend mit 64 Flüchtlingen belegt werden. Der Betrieb als Altersheim ist Ende März 1946 angelaufen. Es können 40 Betten belegt werden.

Säuglings- und Kinderheim, Kapellenstraße 82

Das Heim wurde am 1. April 1945 von der Stadt übernommen und war in der Berichtszeit voll mit 80 Kindern belegt.

Städtische Waschküche, Dotzheimer Straße 3

Die Waschküche wurde am 1. April 1945 durch das Fürsorge- und Jugendamt übernommen. Nach der Fertigstellung von verschiedenen Maschinenreparaturen u. dgl. wurde am 13. August 1945 der Betrieb wieder aufgenommen.

Die Waschküche wäscht für das Städtische Säuglingsheim, die zwei Städtischen Altersheime und die Flüchtlingsunterkünfte.

Beschäftigt sind 2 Frauen mit täglich je fünf Stunden.

Volksküche am Boseplatz

Wie sich die allgemeine Not im Winter 1945 auswirken würde, war nicht vorauszusehen. Es mußten Vorkehrungen getroffen werden, für die Menschen, die ohne Wohnung, ohne Einrich-

tung und ohne Brennmaterial waren, für den Winter wenigstens eine warme Mahlzeit sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde am 5. November 1945 die Volksküche am Boseplatz eröffnet. Sie wurde während des Winters monatlich von 400 bis 600 Personen besucht.

Jugendamt

Der Zusammenbruch im April 1945 führte in den folgenden Monaten zum praktischen Erliegen der Jugendamtstätigkeit, soweit sie an Rechtspflege und Postverkehr gebunden war; dies traf insbesondere die Sachgebiete der Amtsvormundschaft und der Erziehungshilfe. Erst nach Wiedereröffnung der Gerichte und der Post traten allmählich wieder normale Verhältnisse ein. Sachlich stellte das Kriegsende die Jugendamtsarbeit teils vor die gleichen Situationen wie nach dem ersten Weltkrieg, verstärkte Jugendverwahrlosung und Jugendkriminalität, teils vor neue Aufgaben in der Betreuung heimatloser Jugend und der Jugendgerichtshilfe vor Militärgerichten. Eine Gegenüberstellung der statistischen Zahlen des Jugendamtes vom Oktober 1945 und März 1946 zeigt die Gesamtarbeit und deren Entwicklung in dem letzten Abschnitt der Berichtszeit.

	im bzw. Oktober 1945	bis März 1946 etwa
Amtsvormundschaft		
Führung gesetzlicher Amtsvormundschaften (§ 35 RJWG)	1463	1585
Führung bestellter Vormund- und Pflegschaften (§ 41 RJWG)	209	224
Rechtshängige Unterhaltungsklagen	114	124
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	—	960
Gemeindewaisenrat		
Vormundschaftsgerichtshilfe, Vorschläge geeigneter Personen als Vormünder, Pfleger, Beistände (§ 1849 BGB)	306	588
Unterstützung des Vormundschaftsgerichtes in der Überwachung der Vor- münder (43 RJWG)	150	324
Erstvernehmungen unehelicher Mütter	252	324
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	120	252
Pflegekinderschutz		
Vermittlung von Kindern in Pflegestellen, Anträge auf Halteerlaubnis (§ 20 RJWG)	60	240
Aufsichten über Pflegekinder (§ 24 RJWG)	264	248
Aufsichten über uneheliche Kinder bei der Mutter (§ 25 RJWG)	1300	1372
Adoptionsvermittlungen	12	24
Erziehungshilfe		
Laufende Erziehungsüberwachungen	491	527
Laufende Schutzaufsichten	443	449
Laufende Aufsichten über beurlaubte Fürsorgezöglinge (§ 66/3 RJWG) ...	207	220
Anträge auf Schutzaufsichten (§ 57 RJWG)	12	36
Anträge auf Aufhebung der Schutzaufsichten	—	22
Anträge auf Erziehungsfürsorge oder Fürsorgeerziehung (§ 65 RJWG)	36	108
Jugendgerichtshilfe-Ersuchen; soziologische und jugendpsychologische Gutachtertätigkeit. Wahrnehmung der Termine		
a) an deutschen Jugendgerichten (Jugendstrafrechts-Verordnung vom 6. November 1943)	40	60
b) an Militärgerichten	—	—
Gutachtliche Mitwirkung bei familienrechtlichen Regelungen durch das Vormundschaftsgericht in Ehescheidungsprozessen usw.	180	400
Transporten von Jugendlichen	180	400

Rechnungsjahr 1946

Allgemeines und Organisation

Im Zuge der Neugestaltung der Verwaltung auf demokratischer Grundlage wurde für das Fürsorge- und Jugendamt eine Ortssatzung durch Beschluß des Magistrats vom 19. November 1946 und der Stadtverordneten-Versammlung vom 19. Dezember 1946 erlassen, nach der die Fürsorgedeputation in allen grundlegenden Fragen der Fürsorge und der Ausschuß „Jugendamt“ über alle grundlegenden Fragen des Jugendamtes entscheidet. Gemäß Erlaß des Hessischen Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt mußten die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge ab 1. August 1946 um 30 % erhöht werden. Von dem genannten Zeitpunkt ab galten für Wiesbaden für die Bemessung der Unterstützung die folgenden allgemeinen Bedarfssätze:

Alleinstehende	monatlich 43 RM
Haushaltsvorstand	monatlich 39 RM
Haushaltsangehörige über 16 Jahre	monatlich 27 RM
Haushaltsangehörige unter 16 Jahre	monatlich 20 RM
Pflegekinder bis zu	monatlich 30 RM

Zu den vorstehenden allgemeinen Richtsätzen tritt eine Mietbeihilfe. Die nach dem allgemeinen Richtsatz zuzüglich Mietbeihilfe zu gewährende Unterstützung soll 85 % des Lohnes eines Arbeiters nicht übersteigen. — Auf Grund der Verordnung zur Regelung des Flüchtlingsdienstes vom 23. März 1946 war die Errichtung einer Stelle für den Flüchtlingsdienst erforderlich, die organisatorisch und personell dem Fürsorge- und Jugendamt angegliedert wurde. Das Fürsorge- und Jugendamt konnte im Februar 1947 wieder in sein altes Dienstgebäude Lehrstraße 10 zurückverlegt werden.

Das Haus Schlichterstraße 3, das als Flüchtlingsunterkunft eingerichtet war, wurde, da für den eigentlichen Zweck nicht mehr benötigt, geräumt.

Offene Fürsorge

Die Gesamtzahl der unterstützten Parteien in der offenen Fürsorge ist durch die Heimkehr von Kriegsgefangenen, das Wiederaufleben der Pensions- und Rentenzahlungen usw. stark zurückgegangen, was aus nachstehender Aufstellung über die im Berichtsjahre 1946 in den einzelnen Fürsorgezweigen laufend unterstützten Parteien, bei einem Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres hervorgeht:

Kriegsbeschädigtenfürsorge	410	(628)
Kriegshinterbliebenenfürsorge	2056	(1652)
Kleinrentnerhilfe	368	(514)
Kleinrentnerfürsorge	242	(276)
Tuberkulosefürsorge	186	(131)
Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte	100	(179)
Allgemeine Fürsorge	1379	(1842)
ehemaliger Familienunterhalt	2253	(4791)
Sozialrentnerfürsorge	1513	(1622)
Wochenfürsorge	74	(11)
wirtschaftliche Fürsorge für Minderjährige	220	(142)
Flüchtlingsfürsorge	682	(300)
Insgesamt:	<u>9483</u>	<u>(12 088)</u>

Die Gesamtaufwendungen in der offenen Fürsorge betragen im Berichtsjahre ohne Flüchtlingsfürsorge 6539603 RM gegenüber 9483763 RM einschließlich Flüchtlingsfürsorge im Vorjahre. Die Ausgabenminderung ist auf den Rückgang der Parteienzahl und des Durchschnittsaufwandes, der je Partei und Monat von 65,37 RM im Jahre 1945 auf 61,92 RM zurückgegangen ist, zurückzuführen.

Die Flüchtlingsfürsorge mußte aus der übrigen Fürsorge herausgenommen werden, da die Leistungen dieses Fürsorgezweiges auf Grund der Verordnung zur Regelung des Flüchtlingsdienstes vom 23. März 1946 zu Lasten des Landes gehen. Für die 682 unterstützten Flüchtlingsfamilien wurden im Berichtsjahre 662 000 RM aufgewendet, was einen Monatsdurchschnittsaufwand von rund 97 RM je unterstützte Partei ergibt.

Die insgesamt in der offenen Fürsorge unterstützten Parteien umfaßten 18 225 Personen, das sind 10,06 % der Gesamtbevölkerung Wiesbadens.

Geschlossene Fürsorge

Die Zahl der auf öffentliche Kosten in Anstalten und Heimen untergebrachten Personen hat sich 1946 auf 789 erhöht. Davon waren untergebracht:

- a) in den städtischen Heimen 132 (108) Personen mit 39 657 (26 999) Pflagetagen
- b) in fremden Heimen 338 (342) Personen mit 150 875 (112 829) Pflagetagen
- c) Geisteskranke, Idioten, Schwachsinnige,
Taubstumme, Blinde und Körperbehin-
derte in Spezialpflageanstalten 319 (305) Personen mit 84 344 (67 550) Pflagetagen.

Die Kosten der geschlossenen Fürsorge beliefen sich auf 799 899 RM (459 387 RM). Die Mehrausgabe ist zum Teil auf die größere Zahl der in der geschlossenen Fürsorge betreuten Personen und zum Teil auf die Erhöhung der Pflegesätze im Rahmen der Richtsatzserhöhung der offenen Fürsorge zurückzuführen. Hinzu kommt, daß die Kosten der halboffenen Fürsorge (Krankenhauspflege) seit Beginn des Berichtsjahres wieder wie früher auf die Titel der „Geschlossenen Fürsorge“ verbucht werden. Es handelt sich hierbei um rund 1375 Fälle mit einem Kostenaufwand von etwa 120 000 RM.

Besondere Fürsorgemaßnahmen

a) *in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge*

Berufsfürsorge und Arbeitsvermittlung

Von insgesamt 1273 unterzubringenden Schwerbeschädigten wurden im Berichtsjahre in Arbeit vermittelt 563 (461) Personen. Zur Umschulung konnten lediglich Stenographiekurse eingerichtet und durchgeführt werden. Außerdem wurden in 900 Fällen Beschäftigungsnachweise für Schwerkriegsbeschädigte ausgestellt und allmonatlich überprüft.

Vergünstigungen für Schwerkriegsbeschädigte

Im Berichtsjahre wurden ausgestellt:

Ausweise zur bevorzugten Abfertigung vor Amtsstellen	395
Ausweise zur Benutzung der II. Wagenklasse und unentgeltliche Beförderung in den Omnibussen und Straßenbahnen	66
Ausweise zur Benutzung der Schwerbeschädigtenabteile	60

Einmalige Beihilfen

Zur Behebung besonderer Notstände konnten bei der Hauptfürsorgestelle in 69 Fällen Beihilfen im Gesamtbetrag von 11 032 RM vermittelt werden. An 49 Kriegsblinde und Hirnverletzte wurden aus Mitteln der Hauptfürsorgestelle zu Weihnachten 2450 RM Weihnachtsbeihilfen ausgezahlt.

Spenden

Aus Mitteln des Großhessischen Hilfswerks wurden	4000 RM
aus dem Vermächtnis Daelen	5000 RM
aus dem America-Conversation-Cirkel	1000 RM
von dem jugoslawischen Verbindungsoffizier	500 RM
und aus der Sammelbüchse des Fundbüros beim Polizeipräsidium	78 RM

zur Verteilung an bedürftige Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, sowie Waisen von Polizeibeamten gespendet und dem Wunsche der Spender entsprechend verteilt.

b) *In der Flüchtlingsfürsorge*

Soforthilfe für Flüchtlinge

Im Bestreben, der Notlage der Flüchtlinge gerecht zu werden, ordnete die Regierung die Auszahlung einer Soforthilfe an. Diese betrug für Neubürger über 18 Jahre sowie alleinstehende Jugendliche 100 RM und für Jugendliche in Hausgemeinschaft Erwachsener 50 RM. Diese Aktion beanspruchte für den Stadtkreis Wiesbaden 986 300 RM, die vom Land Hessen getragen wurden.

c) *Allgemein in der offenen Fürsorge*

Winterhausbrandbeschaffung und Winterkartoffeleinkellerung

Allen Fürsorgeempfängern, Sozialrentnern und sonstigen Minderbemittelten wurden für die Winterbrandbeschaffung und Winterkartoffeleinkellerung Sonderbeihilfen gewährt. Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen, die zu Lasten des Landes Hessen gingen, beliefen sich auf 403 295 RM.

Sonderaufgaben

Schulkinderspeisung

In den Monaten Oktober 1946 bis März 1947 konnte rund 9000 unterernährten Schulkindern aus Lebensmittelspenden der Cralog (Organisation für ausländische Liebesgaben) wöchentlich dreimal eine zusätzliche Speise verabfolgt werden. Die Auswahl der Kinder erfolgte durch das Staatliche Gesundheitsamt.

Rundfunkgebührenbefreiung

Nach neuen Bestimmungen über die Rundfunkgebührenbefreiung kommt diese nur noch für Blinde und Kriegsversehrte der Stufe IV in Frage. Im Berichtsjahre wurden 19 Anträge geprüft.

Eiserne Sparguthaben

Im Berichtsjahre wurden rund 530 Anträge auf vorzeitige Auszahlung Eiserner Sparguthaben überprüft.

Armenrechtszeugnisse

Die Zahl der beantragten Armenrechtszeugnisse ist weiter angewachsen. Von den im Berichtsjahre ausgestellten 992 Zeugnissen war in 642 Fällen Ehescheidung der Streitgegenstand.

Stadtärztliche Tätigkeit

Vom Stadtarzt wurden Gutachten abgegeben

in 324 Fürsorgefällen und in 113 Personalangelegenheiten.

Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Jugendamtes

a) Pflegeanstalt und Altersheim Wiesbaden-Biebrich

Im Berichtsjahre 1946 konnte trotz aller Schwierigkeiten ein wesentlicher Fortschritt im Wiederaufbau der zerstörten Gebäudeteile erreicht werden.

Die Gesamtzahl der aufgestellten Betten konnte auf 100 erhöht werden, die alle belegt sind.

b) Altersheim Waldfriede, Platterstraße

Das Heim war während des Berichtsjahres voll in Betrieb. Durch kleinere Umstellungen wurde die Bettenzahl von 36 auf 40 erhöht.

c) Altersheim Nerotal 75

Von den 40 Betten waren durchschnittlich 36 belegt.

d) Säuglings- und Kinderheim, Kapellenstraße 82

Das Heim war während des Berichtsjahres voll in Betrieb. Die Belegungszahl konnte durch weitere Ausquartierung von Schwestern und Personal von 80 auf 90 erhöht werden.

e) Städtische Waschküche, Dotzheimer Straße 3

Die Waschküche arbeitet für das Städtische Säuglings- und Kinderheim, für die beiden Städtischen Altersheime und die Flüchtlingsunterkunft. Beschäftigt sind dort 2 Frauen täglich acht Stunden.

f) Volksküche am Boseplatz

Die ursprünglich für allgemeine Massenspeisungen eingerichtete Volksküche konnte, trotzdem allgemeine Massenspeisungen nicht durchgeführt wurden, voll ausgelastet werden.

Es wurden in der Berichtszeit die nachfolgenden Essen in der Volksküche hergerichtet und geliefert:

66 190	Allgemeinspeisungen,
4 838	Tagesverpflegungen für Flüchtlinge,
2 330	Essen an Verbände bzw. Vereinigungen,
18 700	zusätzliche Mittagessen,
8 335	Mittagessen an Kinderhorte,
276 851	Schulkinderspeisungen.

zusammen: 377 244.

Jugendamt

Zu Beginn des Rechnungsjahres 1946 wurde die wirtschaftliche Fürsorge für Minderjährige dem Jugendamt angegliedert. Wenn sie auch an sich eine Aufgabe des Bezirksfürsorgeverbandes darstellt, so war diese Angliederung dennoch aus technischen Gründen zweckmäßig, da die Mündelgeldverwaltung der Amtsvormundschaft und die öffentliche Fürsorge für Minderjährige in zahlreichen Fällen in innerer Abhängigkeit voneinander stehen.

Im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe war das Jugendamt auch im Berichtsjahre weiterhin bemüht, jedem Kind zu seinem Recht auf Erziehung zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit zu verhelfen.

Die Arbeit in den drei Hauptgebieten der öffentlichen Jugendhilfe charakterisierte sich wie folgt:

1. Im Pflegekinderwesen dauerten die Unterbringungsschwierigkeiten an und verschärften sich besonders gegen Schluß des Rechnungsjahres. Die öffentlichen und privaten Kinderheime waren voll belegt bei einem empfindlichen Mangel an Privatpflegestellen.

In der Adoptionsvermittlung konnten Angebot und Nachfrage im wesentlichen ausgeglichen werden; Mädchen waren wieder besonders gesucht. Die Kindererholungsfürsorge konnte im Sommer 1946 ihre Entsendungen wieder aufnehmen. Die Unterbringungsmöglichkeiten genügen jedoch in keiner Weise dem Bedarf. Es wird weiter der gemeinsamen Bemühungen der Entsendestelle und Kindererholungsheime bedürfen, um diese heute so außerordentlich wichtigen gesundheitsfürsorglichen Maßnahmen wieder weiter auszubauen.

2. Mitwirkung im Vormundschaftswesen

a) Amtsvormundschaft:

Das abgelaufene Rechnungsjahr hat der Stadt Wiesbaden einen absoluten Zuwachs von rund 500 unehelichen Kindern gebracht. 227 Mütter benannten Angehörige der Besatzungsarmee als Kindesvater. Die Zahl der Ehelichkeitsanfechtungsklagen zeigte weiterhin steigende Tendenz.

b) Vorschläge geeigneter Personen als Vormünder, Pfleger, Schutzhelfer, Waisenpflegerinnen:

Die Neigung, ein solches Amt im Interesse erziehungsschutzbedürftiger Kinder zu übernehmen, war in der Bevölkerung nach wie vor sehr gering. Es muß nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß von der Bereitwilligkeit der Mitbürger, ein solches Ehrenamt zu übernehmen, der praktische Erfolg auch aller behördlicher Jugendfürsorge abhängt. Denn es geht letzten Endes darum, Kindern, die das Schicksal um die Erziehungsansprüche an ein Elternhaus betrogen hat, einen Menschen mit väterlichem oder mütterlichem Herzen an die Hand zu geben.

3. Gefährdetenfürsorge: Öffentliche Erziehungshilfe

Die Zahl der Überwachungen, Schutzaufsichten und Fürsorgeerziehungsbeschlüsse stieg anhaltend. Auch hier gilt das unter 2b Gesagte. Die Fürsorge für die sogenannte heimatlose Jugend wurde im Verlaufe des Rechnungsjahres immer problematischer. An sich hatten die Verordnung zum Schutze der heimatlosen Jugend vom 23. März 1946 und die Ausführungsbestimmungen vom 4. November 1946 dieser Fürsorge eine besondere Rechtsgrundlage gegeben. Praktisch mußte aber die Fürsorge immer wieder daran scheitern, daß es an geeigneten Heimen fehlte. Insbesondere auch an solchen, in denen heimatlose Jugendliche auch gegen ihren Willen festgehalten werden können. Denn ein zweijähriger negativer Ausleseprozeß hat aus ihnen einen Kreis von Jugendlichen gemacht, der heute Landstraße und Schwarzhandel als Lebensziel betrachtet und dem mit den bestehenden organisatorischen Mitteln und praktischen Möglichkeiten jugendfürsorgerisch nicht mehr beizukommen ist. Hierfür fehlen zwei Grundvoraussetzungen, ein interzonaler Erkennungsdienst und, wie erwähnt, eine sichere Heimunterbringung.

In der Jugendgerichtshilfe standen die Eigentumsdelikte nach wie vor an erster Stelle; oft waren die Eltern der Hehlerei mitangeklagt.

Nach dem Stand vom März 1947 gibt die nachfolgende Statistik einen zahlenmäßigen Überblick.

Amtsvormundschaft		etwa
Führung gesetzlicher Amtsvormundschaften (§ 35 RJWG)	2072	(1585)
Führung bestellter Vormund- und Pflegeschäften (§ 41 RJWG)	252	(224)
Rechtshängige Unterhaltsklagen	191	(124)
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	663	(960)
Gemeindewaisenrat		
Vormundschaftsgerichtshilfe		
Vorschläge geeigneter Personen als Vormünder, Pfleger, Beistände (§ 1849 BGB)	648	(588)
Unterstützung des Vormundschaftsgerichtes in der Überwachung der Vormünder (§ 43 RJWG)	394	(324)
Erstvernehmungen unehelicher Mütter	546	(324)
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	156	(252)
Pflegekinderschutz		
Vermittlung von Kindern in Pflegestellen, Anträge auf Halteerlaubnis (§ 20 RJWG)	254	(240)
Aufsichten über Pflegekinder (§ 24 RJWG)	319	(248)
Aufsichten über uneheliche Kinder bei der Mutter (§ 25 RJWG)	1668	(1372)
Adoptionsvermittlungen	29	(24)
Erziehungshilfe		
Laufende Erziehungsüberwachungen	586	(527)
Laufende Schutzaufsichten	463	(449)
Laufende Aufsichten über beurlaubte Fürsorgezöglinge (§ 66/3 RJWG)	215	(220)
Anträge auf Schutzaufsichten (§ 57 RJWG)	47	(36)

Anträge auf Aufhebung der Schutzaufsichten	71	(22)
Anträge auf Erziehungsfürsorge oder Fürsorgeerziehung (§ 65 RJWG)	116	(108)
Jugendgerichtshilfeersuchen; soziologische und jugendpsychologische Gutachtertätigkeit. Wahrnehmung der Termine		
a) an deutschen Jugendgerichten (Jugendstrafrechts-Verordnung vom 6. November 1943)	71	(60)
b) an Militärgerichten	55	(—)
Gutachtliche Mitwirkung bei familienrechtlichen Regelungen durch das Vormundschaftsgericht in Ehescheidungsprozessen usw.	666	(400)
Transporte von Jugendlichen	409	(400)

Gesundheitsbehörde

Die Gesundheitspflege und Überwachung ist Aufgabe des Staatlichen Gesundheitsamtes. Mehrere Zweige dieser Aufgabe werden von städtischen Dienststellen bzw. Anstalten wahrgenommen.

Beratungsstelle für Geschlechtskranke

Siehe Bericht der Städtischen Krankenanstalten.

Pockenbekämpfung

Siehe Bericht der Polizei

Desinfektionen

Siehe Bericht der Krankenanstalten.

Städtische Krankenanstalten

Nach dem großen Luftangriff am 2./3. Februar 1945 war der Betrieb der Krankenanstalten schwerstens erschüttert. Umfangreiche Gebäudezerstörungen zwangen zu Verlegungen. Bei dem Angriff wurde der überwiegende Teil des Wäschebestandes zerstört, später bei dem Zusammenbruch geplündert, so daß von dem fünffachen Wäschebestand nur der einfache Bestand übrigblieb. Die große Dampfmaschine konnte wieder instandgesetzt werden und wurde im Waschraum aufgestellt. Nach kurzer Zeit wurde die Wäscheversorgung wieder in Gang gebracht.

Nach dem Einzug der Amerikaner wurde am 3. April die Frauenklinik, die in den Kellerräumen der Kastellschule untergebracht war, nach dem Bahnhof verlegt.

Der Betrieb wurde in nur noch wenig belegbaren Gebäuden mit 230 Patienten weitergeführt.

In der Apotheke konnte noch auf die vorhandenen Bestände der ehemaligen Lazarettapotheke zurückgegriffen werden. Dadurch war es möglich, der zunehmenden Verknappung der Arzneimittel zu begegnen. Aus den Beständen des ehemaligen Wehrkreis-Sanitätsparkes wurden Arzneimittel im Werte von rund 30 000 RM angekauft.

Erhebliche Schwierigkeiten entstanden in der ärztlichen Versorgung durch die erforderlichen Entlassungen belasteter Ärzte. Davon wurden sämtliche Chefärzte der Kliniken und Institute, sowie einige Assistenzärzte betroffen. Auch in der Verwaltung gab es personelle Veränderungen aus politischen Gründen. Direktor Meinhold wurde im Sommer mit der Leitung der Verwaltung betraut.

Die Leitung der medizinischen Klinik wurde kommissarisch Dr. med. habil. Heinrich übertragen, der aber am 9. September 1946 während seines Urlaubs starb. Prof. Dr. Achelis, Wiesbaden, wurde mit der Vertretung beauftragt.

Prof. Dr. Kleinschmidt wurde von der Militärregierung die Wiederaufnahme seiner chirurgischen Tätigkeit widerruflich gestattet.